



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Großelternstag, Wahlaufruf etc. – Bericht zur Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zum Ende des Jahres 2021 schriftlich und mündlich umfassend über die Entwicklung ihrer Öffentlichkeitsarbeit in den Jahren 2017, 2018, 2019, 2020 und 2021 zu berichten. Dabei soll insbesondere auf folgende Aspekte eingegangen werden:

- Entwicklung der Anzeigenpraxis in den verschiedenen Medien (Anlässe, Kosten, Auswahlprozesse)
- Verhältnis zwischen sachlicher Information und Präsentation von Personen
- aktuelle Schwerpunktsetzungen, Haushaltsansätze und Mittelausschöpfung (in den oben genannten Jahren) sowie allgemeine Grundsätze der Öffentlichkeitsarbeit

Begründung:

Verschiedene Anzeigenkampagnen der Staatsregierung haben in den vergangenen Wochen für Aufsehen gesorgt. So kritisierte zuletzt auch der Vizepräsident des Landtags Alexander Hold eine Anzeige zum Großelternstag mit Bild des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder in mehreren Tageszeitungen und nannte diese im Zusammenhang mit der Affäre des gerade zurückgetretenen, ehemaligen Bundeskanzlers der Republik Österreich, Sebastian Kurz. Schon 2019 gab es öffentliche Kritik an der Anzeigenkampagne zum Großelternstag, als herauskam, dass diese rund 260.000 Euro gekostet hatte.